

Die Miete pro Kopf wird zu teuer

Für Flüchtlinge ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt besonders prekär



Achmad Kathou, seine Frau Amna und die Töchter Hiba und Zelekeh (von links) in der Wohnküche der Dreizimmerwohnung in Plüderhausen

Die syrische Familie Kathou lebt in einer kleinen Wohnung in einer früheren Gemeinschaftsunterkunft im Rems-Murr-Kreis. Der Vater hat einen Job als Maler in Aussicht – ausgerechnet das könnte zum Problem werden.

VON FRANK RODENHAUSEN

PLÜDERHAUSEN. Bis vor Kurzem haben sich Achmad Kathou, seine Frau Amna, die Töchter Hiba und Zelekeh und die Söhne Daoud und Heidar noch ein einziges Zimmer geteilt. Mittlerweile sind sie innerhalb des etwas heruntergekommenen Wohnblocks am Rande der Innenstadt von Plüderhausen im Rems-Murr-Kreis umgezogen – in eine Wohnküche mit zwei Nebenzimmern. Viel Platz für persönliche Dinge gibt es nicht. Aber immerhin: Die Eltern und die Kinder haben jetzt einen getrennten Schlafbereich.

Das Gebäude war vom Landkreis als Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete angemietet worden. Nun hat den Vertrag die Gemeinde übernommen und nutzt das Haus für die sogenannte Anschlussunterbringung. Das hat dem 46-jährigen Achmad Kathou und seiner Familie die größere Wohnung beschert. Diese droht für ihn jetzt zu einer nicht mehr zu stemmenden finanziellen Last zu werden – obwohl er gerade weil er eine Arbeitsstelle in Aussicht hat.

Die Familie ist vor rund zweieinhalb Jahren aus Syrien nach Deutschland geflüchtet. Über Details der gefährlichen Reise, die über das Mittelmeer letztlich nach Plüderhausen geführt hat, möchte der Vater nicht gerne reden. Auch Fragen nach den Gründen für seine Flucht nehmen ihn sichtlich mit. Achmad Kathou ist Kurde. Sein Heimatdorf Aben in der Provinz Afrin im Nordwesten von Syrien liege mitten im „arabischen Grenzgebiet“. Schon zu Friedenszeiten habe man es als Kurde dort nicht leicht gehabt. Mit dem Krieg wurde das Leben nicht nur hart, sondern gefährlich.

„Ich möchte nie wieder zurück nach Syrien, ich habe so viele Tote gesehen.“

Hiba Kathou (12)
Flüchtlingskind

Er sei sehr froh, in Plüderhausen gelandet zu sein, sagt Achmad Kathou immer wieder. Er habe viele nette und hilfsbereite Menschen kennengelernt. Etwa jenen älteren Mann aus dem Arbeitskreis Asyl. Dieser habe auch den Kontakt zu einem Malerbetrieb in Schwäbisch Gmünd hergestellt. „Nächste Woche habe ich da einen Termin“, sagt Kathou und kramt aus einem Ordner mit sorgsam abgehefteten Dokumenten stolz das Schreiben der Firma hervor.

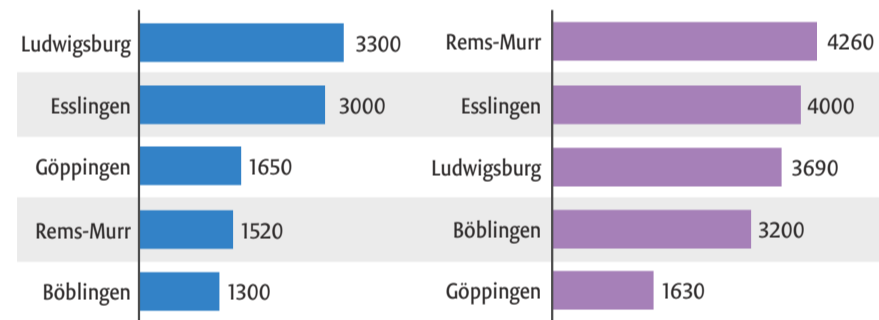
In dem Multikultihaus, in dem neben Griechen, Syrern, Irakern und Türken auch eine deutsche Familie lebt, fühle er sich eigentlich sehr wohl. Man unterstütze sich gegenseitig, das menschliche Klima sei gut. Natürlich wäre ein bisschen mehr Platz für die große Familie schön. Auch die zwölfjährige Tochter Hiba lässt durchblicken, dass es manchmal nicht leicht sei, sich beim Lernen zu konzentrieren, wenn die anderen Geschwister um sie herumwuseln. Wie ihre ein Jahr jüngere Schwester Zelekeh und der neunjährige Bruder Daoud geht Hiba in die örtliche Schule. Heidar, mit drei Jahren der Jüngste, hat seine ersten Tage im Kindergarten hinter sich. Hiba sagt, dass sie schon viele Freundinnen gefunden habe. Auf ihr früheres Leben angesprochen, füllen sich die dunklen Augen mit Tränen. Dorthin möchte sie nie wieder zurückkehren, sagt sie. „Ich habe so viele Tote gesehen...“

Eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis hat die Familie nicht. Man genießt einen sogenannten subsidiären Schutz, der laut Asylgesetz gewährt wird, wenn Menschen „stichhaltige Gründe dafür vorbringen, dass

Hintergrund

Geflüchtete in der Region und Hilfe bei der Wohnungssuche

Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften Flüchtlinge in Anschlussunterbringungen für Stuttgart gibt es keine Unterscheidung (insgesamt für beide Kategorien: 7260 Flüchtlinge)



▪ **Gemeinschaftsunterkunft** Dort werden Geflüchtete nach ihrer Ankunft unter der Regie der Landkreise vorläufig untergebracht, um ihren Aufenthaltsstatus zu klären. Nach Abschluss des Asylverfahrens, spätestens aber zwei Jahre nach der Ankunft im Landkreis, muss die Kreisverwaltung die Personen an die Kommunen zuweisen. Für die weitere Unterbringung ist dann die jeweilige Stadt oder Gemeinde zuständig.

▪ **Wohnungssuche** Eine Statistik, wie viele Flüchtlinge zurzeit auf Wohnungssuche sind, gibt es nicht. Beim Landratsamt Waiblingen hat man beispielsweise die Erfahrung gemacht, dass der Drang der Geflüchteten, sich auf die Suche zu begeben, stark variiert – je nach Art der aktuell bewohnten Flüchtlingsunterkunft.

▪ **Jobcenter** Das Jobcenter unterscheidet nicht zwischen Geflüchteten und anderen Hilfsbedürftigen. Haben die Betroffenen einen entsprechenden Anspruch, können Leistungen zum Lebensunterhalt (vom Bund) und für die Kosten der Unterkunft (von den Kommunen) gewährt werden. Das Jobcenter vermittelt kleine Wohnungen.

▪ **Landratsamt** Beispielsweise im Rems-Murr-Kreis kümmern sich sieben direkt beim Landratsamt angestellte und 20 von freien Trägern rekrutierte Fachkräfte um die Belange der Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften. Sie sollen ebenso wie die für die Kommunen tätigen 46 Integrationsmanager beim Durchsuchen von Inseraten helfen oder die Geflüchteten bei Besichtigungsterminen begleiten. (fro)

ihnen in ihrem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht“. Das muss demnächst neu auf den Prüfstand gestellt werden, weil der Schutz auf ein Jahr befristet wurde.

Die Familie würde gerne in Plüderhausen bleiben, fühlt sich willkommen. Doch nicht nur dort sind Wohnungen rar – ganz beson-

ders für Flüchtlinge. Mehr als ein Dutzend Anläufe hat Kathou schon unternommen, sich auf Annoncen gemeldet und nur Absagen kassiert. Bisher ist der Mann, der sich sehr gut auf Deutsch verständigen kann, zu keiner Besichtigung eingeladen worden. Weil er Ausländer ist? Nein, nein, das will

Kathou so nicht sagen. „Manche haben vielleicht die Befürchtung, wir seien zu laut. Die meisten fragen, ob ich eine Arbeit habe.“

Tatsächlich sei der Status als Hartz-IV-Empfänger der wohl gewichtigste Ablehnungsgrund, sagt Alexandra Wiedmann, die sich mit einer weiteren Teilzeitkollegin in Diensten des Kreisdiakonieverbands als Integrationsmanagerin um knapp 100 Personen in der Remstalkommune kümmert. „Eigentlich ist das widersinnig, denn gerade das garantiert, dass die Miete regelmäßig gezahlt wird“, sagt sie, „aber das Argument zieht irgendwie nicht.“ Hinzu kämen aber auch Vorurteile gegenüber den Menschen aus unbekanntem Kulturkreisen.

Für den Besitzer des Wohnblocks, in dem außer den Kathous noch zehn weitere Familien untergebracht sind, ist das Vermieten ein lukratives Geschäft, denn die Miete wird bei Geflüchteten pro Kopf geleistet. In Plüderhausen liegt dieser Satz bei 210 Euro pro Monat. So fallen für die kleine Behausung der Kathous stolze 1260 Euro an, bald 1470, denn die Eltern erwarten Nachwuchs.

Das könnte Achmad Kathou in ein Dilemma stürzen – das dann droht, wenn es mit der Arbeitsstelle klappen sollte. Dann müsste er selbst für die Miete aufkommen, die bislang der Staat übernimmt – und könnte sich die Wohnung von seinem Malergehalt wohl kaum mehr leisten. So muss er seine Suche nach einer erschwinglichen Wohnung vorantreiben. Die Sorge über einen endgültig beschiedenen Asylantrag beziehungsweise eine Verlängerung der bald auslaufenden Aufenthaltserlaubnis erscheint vor diesem Hintergrund fast als nebensächlich. Unter den gegebenen Umständen in der Heimat, die für die Kathous längst gar keine mehr ist, dürfte das nur eine Formsache sein.

Mehr dazu im Netz

Artikelarchiv, Fotostrecken und Videos: Informieren Sie sich umfassend über das Thema Wohnen in Stuttgart, lesen Sie weitere Teile unserer Serie Wohn(t)räume und diskutieren Sie im Netz mit unter <http://stn.de/wohnerie>

Schwimmen im Leuze soll wieder billiger werden

Stuttgart will nach Kritik an höheren Preisen den Saunabereich abtrennen

VON RAINER WEHAUS

STUTTGART. Die Schwimmer im Mineralbad Leuze sollen künftig nicht mehr indirekt für Saunabesucher mitbezahlen. Entsprechende Pläne der Stadtverwaltung für eine Trennung beider Bereiche bestellte der zuständige Technische Bürgermeister Dirk Thürnau (SPD) nun unserer Zeitung. „Wir hoffen, dass der Gemeinderat unserer Empfehlung folgt und damit in Zukunft etwas mehr Gerechtigkeit für unsere Bädergäste entsteht“, so Thürnau. Die Umsetzung der Maßnahme kann aber noch über ein Jahr dauern.

Die Verwaltung hofft auf eine Zustimmung des Bäderausschusses des Gemeinderats zu dem Vorhaben gegen Ende dieses Jahres. Dann würde man noch weitere drei bis vier Monate brauchen, um zum Beispiel Drehkreuze zu installieren und das Abrechnungssystem anzupassen, heißt es.

Das Leuze (680 751 Besucher im Jahr 2017) ist eines der wenigen Bäder, in dem Sauna- und Schwimmbereich noch nicht getrennt sind. Dies hatte dazu geführt, dass die Stadt für alle Leuze-Besucher die Preise deutlich erhöhen musste, weil der Bund den Saunabesuch als Luxus einstufte und dafür deutlich mehr Mehrwertsteuer verlangt (19 Prozent) als für das reine Schwimmen (sieben Prozent).

Für die Schwimmer, die gegen die allgemeine Preiserhöhung protestierten, dürfte es nun wieder deutlich billiger werden. Derzeit kosten drei Stunden im Leuze 12,50 Euro, im weit entfernten Mineralbad Cannstatt zahlen Besucher, die nur schwimmen wollen, 8,80 Euro für zweieinhalb Stunden. Wer zusätzlich im Leuze künftig die Sauna besuchen will, wird hingegen mehr bezahlen müssen. Das Mineralbad Cannstatt verlangt dafür momentan 15,50 Euro. Als Gegenleistung dürften Saunabesucher dann aber auch eine entspanntere Atmosphäre genießen. Der All-inclusive-Preis für Schwimmen und Sauna hat im Leuze nämlich bislang auch zur Folge, dass einige nur zum Gaffen in den Sauna-Bereich kommen.

Uhu als nächtlicher Ruhestörer

DENZLINGEN (lsw). Bei einer nächtlichen Ruhestörung der besonderen Art ist die Polizei im Kreis Emmendingen machtlos gewesen. Laut deren Angaben stürte „schon mehrere Nächte lang ein andauerndes monotones Geräusch“ den Schlaf einer 66-Jährigen aus Denzlingen. Sie alarmierte die Polizei, die den Störenfried ausmachte: „In einem Baum in der Nachbarschaft saß ein nachtaktiver Greifvogel“, den die Nachtruhe der Anwohner wenig interessierte. Einem Sprecher zufolge handelt es sich um einen Uhu. Die 66-Jährige muss mit dessen Lärm leben.

SPD spricht von Feldzug gegen „Schule für alle“

STUTTGART (lsw). Die Gemeinschaftsschule ist Vertretern anderer Schularten schon lange ein Dorn im Auge. Jetzt nehmen sie die künftige Oberstufe an der „Schule für alle“ ins Visier. Die im Herbst startenden Oberstufen seien teuer und führten zu Verwerfungen in der Schullandschaft, erklärten die Verbände der Berufsschul-, Realschul- und Gymnasiallehrer in Stuttgart. Sie kämen durch „Trickserei“ zustande, sagte die Landeschefin des Realschullehrerverbandes, Karin Broszat. So dürften Gemeinschaftsschulen neben den eigenen Schülern auch die der Nachbarschulen und der Umlandgemeinden einrechnen, um mindestens 60 Schüler zu erreichen. Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) wies den Vorwurf zurück. „Die Schulaufsicht prüft die mögliche Einrichtung anhand abgestimmter Prognosekriterien, um stabile Schülerzahlen zu erreichen.“ Schüler aus Umlandgemeinden können eingerechnet werden, wenn die Kommunen zustimmen.

Die Bildungsexpertin der Landtags-Grünen, Sandra Boser, warnte vor Neiddebatten: „Sie sind völlig fehl am Platz und schaden allen.“ SPD-Fraktionschef Andreas Stoch sprach sogar von einem Feldzug gegen die Gemeinschaftsschule.

Die Gemeinschaftsschule führt die Klassen fünf bis zehn, kann aber auch die Grundschule und/oder eine dreijährige Oberstufe umfassen, wenn mindestens 60 Schüler zusammenkommen. Im nächsten Schuljahr sollen gymnasiale Oberstufen in Tübingen und in Konstanz starten.

Der Berufsschullehrerverband argumentierte, berufliche Gymnasien und Berufskollegs führten bereits Absolventen von Werkreal-, Realschulen und Abgänger allgemeiner Gymnasien zur Hochschulreife. Auch Gemeinschaftsschüler könnten integriert werden. Doppelstrukturen würden damit verhindert.

Derzeit besuchen mehr als 50 000 Schüler Gemeinschaftsschulen.

Rekrutensuche einmal ganz anders

Bundeswehr wirbt über soziales Netzwerk neue Reservisten an – Mehr als die Hälfte von bundesweit 62 000 Stellen derzeit unbesetzt

VON ULI MEYER

STUTTGART. Behaupte keiner, der Bundeswehr mangle es an konstruktiven Ideen oder innovativen Ansätzen. Dank solcher haben nun 26 Männer und Frauen in der Stuttgarter Theodor-Heuss-Kaserne ihr feierliches Gelöbnis auf die Bundesrepublik Deutschland abgelegt. In wenigen Wochen kommt noch eine ähnlich große Gruppe dazu. „Ein gelungener Einstand für unser Pilotprojekt“, sagt Joachim Fallert, Oberstleutnant der Reserve und Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Bundeswehr.

Fallert hatte im Juli 2017 einen öffentlichen Aufruf gestartet und sich dabei eines Mediums bedient, das viele auf den ersten Blick nicht mit der Bundeswehr in Verbindung bringen würden. Ausschließlich über das soziale Netzwerk Facebook lud Fallert interessierte Zivilisten ein, sich zu Soldaten ausbilden zu lassen. „Schon auf den ersten Aufruf meldeten sich 127 Personen“, so Fallert über das „überwältigende Ergebnis“.

Damit konnte das Projekt „Ausbildung von Ungedienten für die Reserve“, das der Reservistenverband mit dem Bundeswehr-Landeskommando Baden-Württemberg anpacken wollte, in die Realisierung übergehen.

Die 127 Interessierten wurden zu zwei Informationsabenden eingeladen, dort mit Details der geplanten Ausbildung versorgt. „80 Bürger haben dann den konkreten Wunsch geäußert, mitmachen zu wollen, und 50 Personen sind nach Sicherheitsüberprüfung und Tauglichkeitsfeststellung schließlich übrig geblieben“, erläutert Oberstleutnant Markus Kirchenbauer vom Landeskommando den Ausleseprozess.

Für die sehr heterogene Gruppe – vom 18-jährigen Handwerker über den Akademiker bis zum 54 Jahre alten Lehrer sowie von der Büroangestellten bis zur Mutter – ist eine Modulausbildung in vier Schritten vorgesehen. An drei verlängerten Wochenenden, jeweils von Freitag bis Sonntag, soll durch altegediente Reservisten und durch aktive Soldaten das Grundgerüst vermittelt werden.

Den Abschluss bildet im August ein ein-

wöchiger Aufenthalt auf dem Truppenübungsplatz. „In diesen insgesamt 16 Tagen können wir natürlich keine abgeschlossene Soldatenausbildung leisten. Aber wir erreichen eine Grundbefähigung der neuen Rekruten für den Einsatz im Wach- und Sicherheitsdienst“, sagt Joachim Fallert über das Ziel des Projekts, für das es in dieser Form bundesweit kaum eine Parallele gibt. „Der Landesverband Bayern hat 2016 mal etwas Ähnliches versucht, und von ganz oben gibt es noch keine Weisung hierzu“, so Fallert und Kirchenbauer unisono.

Auch Oberst Christian Walkling ging bei seiner Ansprache vor dem Gelöbnis auf diesen Aspekt ein. „Wir betreten mit dieser Form der Ausbildung von Freiwilligen Neuland im wahren Sinne des Wortes“, sagte der Kommandeur des Landeskommandos. Er hält den neuen Weg für überfällig: „Auch ungedienten Bürgerinnen und Bürgern, die sich in der Reserve für die Sicherheit und zum Wohl unseres Landes engagieren wollen, müssen glaubwürdige Angebote für ihr Engagement gemacht werden.“ Natürlich

steckt auch massives Eigeninteresse dahinter: Von bundesweit 62 000 Reservistenstellen sind nach Fallerts Einschätzung derzeit nur 45 Prozent besetzt.

„Ich mache das fürs Vaterland, für die Gesellschaft und für mich selber. Für mich ist die Bundeswehr etwas Ehrenhaftes“, sagt Greta Müllebauer. Die 27-Jährige aus Filberstadt, im zivilen Leben Bürosachbearbeiterin in der Administration, hat ein intensives erstes Modul hinter sich: „Das waren drei Tage mit sehr viel Input, alles sehr interessant und für mich ein ganz neuer Einblick.“ Neben zahlreichen Theorieeinheiten durfte die Gruppe auch schon einmal ein Gewehr in die Hand nehmen und das Marschieren probieren. „Alles sehr positiv, die Ausbilder sind toll und mit Leidenschaft dabei. Und schon nach drei Tagen haben wir eine schöne Gemeinschaft in der Gruppe“ – Greta Müllebauer hat ihre Entscheidung also nicht bereut. Dass nur drei Frauen unter den 26 Rekruten sind, stört sie nicht: „Hier wird kein Unterschied gemacht, niemand diskriminiert. Frauen kann ich das nur empfehlen.“